

Newsletter der Inlandbanken

MIGROSBANK

RAIFFEISEN

Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Union des Banques Cantionales Suisses
Unione delle Banche Cantionali Svizzere

VSRB VA ABRIS



In dieser Ausgabe:

- Geschäft des Bundesrats. Bankengesetz. Änderung
- Geschäft des Bundesrats. Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts
- Ip. Bischof. Warum plötzlich eine Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots von PostFinance ohne gleichzeitige Vollprivatisierung und ohne Prüfung der Grundversorgung?
- * * * FACHANLASS: Wie weiter mit der PostFinance? * * *

10. September 2021

Sehr geehrte Damen und Herren

In diesem Newsletter geht es um drei politische Geschäfte, die in der anstehenden Herbstsession traktandiert sind und die Inlandbanken betreffen: Die **Teilrevision des Bankengesetzes**, die **Verrechnungssteuerreform** und die **Interpellation Bischof** zum bundesrätlichen Vorgehen bei der Teilrevision des Postorganisationsgesetzes.

Wie weiter mit der PostFinance? – diese Frage steht im Zentrum des Anlasses der Parlamentarischen Gruppe Inlandbanken (PGI) vom 20. September 2021 um 12:15 Uhr. Weitere Informationen zum Anlass, zu dem Sie herzlich eingeladen sind, finden Sie weiter unten.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und eine gute Session.

Freundliche Grüsse

Dr. Hilmar Gernet, Raiffeisen Schweiz Genossenschaft
Dr. Jürg de Spindler, Verband Schweizer Regionalbanken
Dr. Adrian Steiner, Verband Schweizerischer Kantonalbanken

20.059 Geschäft des Bundesrats. Bankengesetz. Änderung [^] (Insolvenz, Einlagensicherung, Segregierung)

Beratung im Ständerat am 16. September 2021

Im Falle eines Bankkonkurses sollen Kunden rascher an ihr Geld kommen. Der Bundesrat will die Sicherung der Bankeinlagen stärken und Bestimmungen zur Bankensanierung gesetzlich verankern. Der Nationalrat hat am 19. März 2021 die entsprechende Teilrevision des Bankengesetzes weitgehend unverändert übernommen. Auch die WAK-S beantragt ihrem Rat, grösstenteils dem Nationalrat zu folgen.

Ein zentrales Anliegen der Inlandbanken bleibt weiterhin, dass die qualitative Verbesserung der Einlagensicherung nicht zu einer Verschlechterung der Bilanzkennzahlen der Banken führt. Gerade kleinere und mittlere Banken mit einem hohen Anteil am Einlagengeschäft wären ansonsten überproportional von den Anpassungen betroffen. Deswegen fordern die Inlandbanken die Gewährleistung der Kostenneutralität (Art. 37h Abs. 6 E-BankG), wie sie vom Nationalrat beschlossen und von der Mehrheit der WAK-S gutgeheissen wurde. Auch die von der WAK-S beschlossenen Regelungen für die Kantonalbanken sind gerechtfertigt und werden von den Inlandbanken unterstützt.

Die Inlandbanken unterstützen die Revision und empfehlen die Annahme der Mehrheitsanträge der WAK-S.

[Link zum Geschäft](#)

21.024 Geschäft des Bundesrats. Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts

^

Beratung im Nationalrat am 28. September 2021

Der Bundesrat will den Standort Schweiz für den Fremdkapitalmarkt und für Konzernfinanzierungsaktivitäten aller Branchen stärken.

Die WAK-N hat die Gesetzesvorlage am 16. August 2021 angenommen. Mit dieser soll die Verrechnungssteuer auf Zinserträgen weitgehend abgeschafft und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufgehoben werden. Die Kommissionsmehrheit teilt die Ansicht des Bundesrates, dass sich die Verrechnungssteuer und die Umsatzabgabe hemmend auf den schweizerischen Fremdkapitalmarkt auswirken. Dank der Reform werden die Unternehmen Obligationen, die sie vorher im Ausland ausgegeben haben, zu wettbewerbsfähigen Bedingungen in der Schweiz emittieren können.

Die Inlandbanken unterstützen die Vorlage und empfehlen die Annahme der Mehrheitsanträge. Dabei begrüssen sie ausdrücklich, dass auf eine Einführung eines komplexen Zahlstellensystems verzichtet wird.

[Link zum Geschäft](#)

21.3801 Ip. Bischof. Warum plötzlich eine Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergabeverbots von PostFinance ohne gleichzeitige Vollprivatisierung und ohne Prüfung der Grundversorgung?

^

Beratung im Ständerat am 28. September 2021

Mit der kürzlich verabschiedeten Botschaft zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (21.048) gewinnen die in der Interpellation Bischof aufgeworfenen Fragen zum bundesrätlichen Vorgehen bei der PostFinance-Reform zusätzlich an Relevanz. Der Bundesrat beantragt dem Parlament die Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergabeverbots für PostFinance, ohne diese vorgängig zu privatisieren und noch bevor die Frage der Grundversorgung geklärt ist.

Die Interpellationsbeantwortung des Bundesrats bleibt sehr oberflächlich und ist nicht befriedigend. Die aus der Aufhebung des Kredit- und Hypothekarverbots resultierende Wettbewerbsverzerrung und Verfassungswidrigkeit stellt der Bundesrat in seiner Antwort in Abrede. Dabei beruft sich der Bundesrat einerseits auf die Abgeltung der Finanzierungszusicherung und andererseits auf das umstrittene Gutachten von Prof. Martenet.

Dass der Bundesrat zwecks Steigerung der Ertragskraft von PostFinance Wettbewerbsverzerrungen in Kauf nimmt und verfassungsmässige Prinzipien missachtet, ist aus Sicht der Inlandbanken unverständlich. Selbst das Bundesamt für Justiz ist der

Auffassung, dass ohne eine vorherige Privatisierung der PostFinance eine Änderung der Verfassung nötig ist. Zudem schränkt der Bundesrat mit seinem Vorgehen den Handlungsspielraum des Parlaments bei der Neudefinition der Grundversorgung massgeblich ein und verpasst es, die Resultate der von ihm selbst eingesetzten «Expertenkommission Grundversorgung Post» abzuwarten.

Wir empfehlen Ihnen, die Diskussion im Ständerat zum Anlass zu nehmen, um weitere Fragen zum Vorgehen bei der Revision des Postorganisationsgesetzes an den Bundesrat zu richten.

[Link zum Geschäft](#)

*** * * FACHANLASS: Wie weiter mit der PostFinance? * * *** 

Montag, 20. September, 12:15 Uhr, Cercle de la Grande Société de Berne, Theaterplatz7, Bern

Mit der Botschaft zur Revision des Postorganisationsgesetzes liegt dem Parlament ein gewichtiges und brisantes Geschäft vor. Aus diesem Anlass begrüssen wir alle interessierten Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum mittäglichen Fachanlass der Parlamentarischen Gruppe Inlandbanken (PGI). Hansruedi Köng, CEO der PostFinance, Mark Schelker, Professor für Finanzwirtschaft an der Universität Fribourg, und Jürg Gutzwiller, Präsident des Verbands der Schweizer Regionalbanken, diskutieren unter der Leitung von Moderatorin Christine Maier die Frage, wie es mit der PostFinance weitergehen soll.

Gerne erwarten wir Ihre Anmeldung per E-Mail an die Koordinatorin Inlandbanken, Frau Simone Ryan (s.ryan@vskb.ch) bis am 16. September 2021.

Vorabhinweis über Covid-Zertifikat-Check: Wir führen die Veranstaltung unter Anwendung des 3G-Konzepts (geimpft – getestet – genesen) durch. Es gilt eine Zertifikatspflicht. Dafür entfällt in den Tagungsräumlichkeiten die Maskentragpflicht.

Impressum

Koordination Inlandbanken (KIB)

info@inlandbanken.ch

So erhalten Sie unsere E-Mails in jedem Fall

Um sicherzustellen, dass unsere E-Mails Ihre Mailbox bestimmt erreichen, fügen Sie bitte den Absender dieser Nachricht, die E-Mail-Adresse info@inlandbanken.ch, in Ihrem Mailprogramm zur "Liste sicherer Absender" hinzu.

© Koordination Inlandbanken 2021